

Chur, 4.3.2010

Nationalrat, Frühjahrsession, 17. März 2010
Volksinitiative. Für ein gesundes Klima (09.067)

Die am 29. Februar 2008 eingereichte Initiative „Für ein gesundes Klima“ wird von einer Volksbewegung mit kumuliert über 1.5 Mio. Mitgliedern getragen und ist breit abgestützt. Die Eidgenössische Volksinitiative fordert bis 2020 eine mindestens 30%-ige Reduktion der Treibhausgasemissionen im Inland (Referenzjahr 1990). Der Bundesrat hat am 26.8.2009 als indirekten Gegenvorschlag eine Botschaft zur Revision des CO₂-Gesetzes vorgelegt. Dieser wird zurzeit in der UREK-N beraten. Der Nationalrat wird am 17. März 2010 über die Initiative befinden und in der Sommersession 2010 inhaltlich das CO₂-Gesetz debattieren.

Klima-Initiative:
 notwendig und machbar - schafft Innovation und Arbeitsplätze -
 Berggebiet und Alpen brauchen engagierte Klimapolitik



Die Schweiz als innovativer Werkplatz kann von einer engagierten Klimapolitik profitieren. Zudem ist der Alpenraum besonders negativ von der Klimaerwärmung betroffen. Im nachfolgenden wird dargelegt, wie sich die Initiative positioniert.

1. Die Klima-Initiative ist notwendig und machbar:

- Die Wissenschaft und seit der Klimakonferenz in Kopenhagen auch die Politik sind sich einig: Eine Klimaerwärmung von zwei oder mehr Grad gegenüber vorindustriellen Mitteltemperaturen muss verhindert werden. Nur so lassen sich gefährlichsten Auswirkungen des Klimawandels verhindern.
- Soll die Erwärmung mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50% unter zwei Grad bleiben, so müssen Industrieländer wie die Schweiz ihre Emissionen bis 2020 um 40% reduzieren (Referenzjahr 1990).
- Verschiedene europäische Länder (England, Deutschland, Schweden und Norwegen) und vom Klimawandel besonders betroffene Länder (Costa Rica und Malediven) haben deshalb Reduktionsziele von 40% und mehr bis 2020 angekündigt oder bereits gesetzlich festgeschrieben.
- Die Volksinitiative für ein gesundes Klima berücksichtigt, dass die Schweiz bisher wenig erfolgreich war in der Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen. Sie fordert deshalb den politischen Kompromiss von mindestens 30% Reduktion im Inland, welcher durch zusätzliche Auslandsmassnahmen (ausserhalb der Initiativeforderung) ergänzt werden kann.
- Mit der Initiative übernimmt die Schweiz die Verantwortung für ihren Anteil an der globalen Erwärmung und erfüllt damit eine Voraussetzung für ein weltweites Abkommen zur Verminderung der negativen Folgen des Klimawandels.
- Die Schweiz hat zum Anstieg der CO₂-Konzentrationen beigetragen. Sie ist gleichzeitig technologisch bestens gerüstet, um aktiven Klimaschutz zu betreiben und ihre Verantwortung gegenüber stark betroffenen Ländern des Südens wahrzunehmen. Die Klimagerechtigkeit (climate justice) ist hoch zu gewichten, alles andere ist unglaubwürdig.

2. Die Klima-Initiative schafft Innovation und Arbeitsplätze

- Die Initiative schafft für die Wirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen. Sie fördert damit die Innovation und Wettbewerbsfähigkeit im Bereich sauberer Technologien: Genau das passt zur Ausrichtung des Werkplatzes Schweiz und ist volkswirtschaftlich positiv.
- Die Initiative schafft Arbeitsplätze in der Schweiz statt in den Ölförderländern. McKinsey&Company errechnet im Februar 2010 im Auftrag des Bundesamtes für Energie (Studie „Wettbewerbsfaktor Energie – Chancen für die Schweizer Wirtschaft“): Die Umsetzung von Energieeffizienz-Massnahmen bringt der Schweiz bis 2020 total 25'000 neue Arbeitsplätze. Auch wenn in der Ölindustrie gleichzeitig Arbeitsplätze verloren gehen: es verbleiben gemäss McKinsey netto 11'000 zusätzliche Arbeitsplätze.
- Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind ein globaler Wachstumsmarkt. Die Schweiz profitiert davon gemäss McKinsey mit zusätzlich 16'000 Arbeitsplätzen. Selbst mit der Annahme des sehr tiefen Ölpreises von 50 USD/Barrel sind 27'000 neue Netto-Arbeitsplätze realistisch. Die Klima-Initiative wird diesen Effekt sogar noch verstärken.
- Die Initiative verhindert Schäden an der Volksgesundheit in Höhe von 500 Mio. Fr. im Jahr 2020 (Econcept 2009, Gutachten zu Sekundärnutzen d. Luftschadstoffreduktionen).
- Eine 10-Prozent Erhöhung der Energiepreise erhöht die Wachstumsrate um 0.4%. (Prof. Lucas Bretschger (2006, ETH Zürich).

3. Berggebiet und Alpen brauchen engagierte Klimapolitik

- Das Berggebiet und die Alpen sind durch die Klimaerwärmung besonders betroffen. Der im weltweiten Vergleich doppelt so schnelle Anstieg der Temperaturen und die Wetterveränderungen führen zu Erosion, Abschmelzen der Gletscher, zum Auftauen des Permafrostes und machen teuren Katastrophenschutz notwendig.
- Der Tourismus in den Bergen leidet genauso wie die Attraktivität der Landschaft. Ein Vrenelishgärtli (Glärnischmassiv, GL) ohne Firn, Skipisten ohne Schnee oder öde Geröllfelder statt bläulich schimmernde Gletscher sind schlecht für die Attraktivität der Alpen als Ferienregion.
- Die Schweiz positioniert ihren Tourismus als „Naturerlebnis“ – zu Recht. Eine engagierte Klimapolitik passt zu dieser Positionierung.



Schweizer Unternehmen werben mit dem Naturerlebnis der Alpen: im Tourismus, für Nahrungsmittel sowie für Dienstleistungen.

Schweiz. Natürlich.

4. Die Revision des CO₂-Gesetzes als indirekter Gegenvorschlag

Die Revision des CO₂-Gesetzes ist nötig, da dessen Ziele in der geltenden Ausgestaltung des Gesetzes nur bis 2010 formuliert sind. Die im CO₂-Gesetz vorgesehenen Ziel und Massnahmen müssen vom Parlament so oder so an die neuen Herausforderungen angepasst werden.

Die Klima-Initiative formuliert völlig zu Recht nur ein allgemeines Ziel der Klimapolitik auf Verfassungsebene. Ein engagiertes CO₂-Reduktionsziel muss zusätzlich in Kombination mit den entsprechenden Massnahmen im CO₂-Gesetz verankert werden. Dazu soll in der Sommersession des Nationalrates die CO₂-Gesetzes-Revision als indirekter Gegenvorschlag zur Initiative erklärt werden. Dies ist auch die Intention des Bundesrates und lässt Zeit für gute Lösungen und die Debatte im Parlament.

5. Empfehlung

Die Volksinitiative für ein gesundes Klima ist notwendig, machbar, gut für die Schweizer Wirtschaft und wichtig für das Berggebiet in der Schweiz. Sie soll vom Nationalrat angenommen werden. Gleichzeitig sind die Arbeiten in der nationalrätlichen UREK für eine glaubwürdige Revision des CO₂-Gesetzes voranzutreiben. In der Sommersession 2010 muss der Nationalrat folgerichtig die Revision als indirekten Gegenvorschlag zur Initiative erklären.

Die breit abgestützte Trägerschaft der Klima-Initiative breitet sich mit ganzer Kraft strategisch, finanziell und strukturell auf eine Volksabstimmung zur Initiative vor. Die Initiative ist mit ihrer moderaten Forderung, dem brennenden Thema und dem schlanken Text mehrheitsfähig. Den Initiant/innen geht es aber im Interesse der Menschen und der Natur in der Schweiz um die Sache. Ein sehr guter indirekter Gegenvorschlag im Rahmen der CO₂-Gesetzesrevision kann auch zum Ziel führen.

Für weitere Auskünfte:

Patrick Hofstetter, Präsident Verein Klima-Initiative, patrick.hofstetter@wwf.ch, T 076 305 67 37
Christof Dietler, Geschäftsstelle Klima-Initiative, info@klimainitiative.ch, T 081 257 12 21